ALOIS RIKLIN / SILVANO MÖCKLI

Nichtmilitärische Bedrohung und Verteidigung im Urteil der Schweizerinnen und Schweizer

216/1994

Die von den Verfassern konzipierte Repräsentativ-Befragung (ganze Schweiz ohne Tessin) wurde vom Forschungsinstitut der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS), das die Arbeiten von UNIVOX plant und koordiniert, durchgeführt. Die Befragung erfolgte im Laufe der Monate November und Dezember 1993. Es handelte sich um persönliche, standardisierte Interviews bei 706 Stimm- und Wahlberechtigten, die nach einem kombinierten Random/ Quota-Verfahren ausgewählt wurden. Die statistische Fehlermarge liegt bei diesem Stichprobenumfang bei maximal -/+ 3,8 Prozent. Wenn zum Beispiel 72 Prozent der Befragten glauben, dass sie im Notfall ohne Probleme einen Platz in einem Schutzraum bekommen würden, so liegt der "wahre" Wert in der Grundgesamtheit - der stimmberechtigten Schweizer Wohnbevölkerung - mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 68,5 und 75,5 Prozent.

INHALTSVERZEICHNIS

Hauptergebnisse 1993. 2

1 EINLEITUNG. 4

2 ZIVILSCHUTZ. 4
2.1 Notwendigkeit des Zivilschutzes. 4
2.2 Wissen über das Verhalten im Notfall. 8
2.3 Wissen über die Schutzraumkapazitäten.. 10
2.4 Beurteilung des Zivilschutzes.. 11
2.5 Vertrauen in die Behörden im Notfall. 12

3 WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG. 14

4 GESAMTVERTEIDIGUNG. 15

5 NEUTRALITÄT. 18

Hauptergebnisse 1993

Im November und Dezember 1993 wurde die achte UNIVOX-Befragung zum Thema "Verteidigung" durchgeführt. Das Schwergewicht dieser Umfrage lag, wie jedes zweite Jahr, auf den nichtmilitärischen Bereichen der Gesamtverteidigung. Die gestellten Fragen entsprachen zum Grossteil denjenigen von 1987, 1989 und 1991.

Ein markantes Ergebnis der 93er-Befragung ist, dass die Zahl derjenigen, welche finden, die **Ausgaben** für die Gesamtverteidigung bzw. für die Armee seien "im rechten Mass", gegenüber der Befragung von 1991 erheblich gestiegen ist, bei der Gesamtverteidigung von 30 auf 46 Prozent und bei der Armee von 22 auf 32 Prozent.

Der Anteil der Befragten, welche den **Zivilschutz** als "notwendig" bzw. "eher notwendig" betrachten, ist zwar leicht um 7 Prozent zurückgegangen, liegt mit 75 Prozent aber immer noch sehr hoch. Auffallend ist, dass der Rückgang ausschliesslich bei der Antwortvorgabe "notwendig" erfolgte. Betrachtet man die Einschätzung der Notwendigkeit des Zivilschutzes über mehrere Jahre, so stellt man fest, dass sie ziemlich resistent gegenüber Ereignissen ausserhalb unserer Landesgrenzen ist.

Das Wissen über das **richtige Verhalten bei Sirenenalarm** ist bei der grossen Mehrheit der erwachsenen Schweizer Bevölkerung vorhanden. 95 Prozent würden sich bei Sirenenalarm über Radio bzw. im Telefonbuch informieren. Die **Schutzraumkapazitäten** - nach Angaben der Behörden könnten 90 Prozent der Bevölkerung in belüfteten Schutzräumen untergebracht werden - werden von der Mehrheit der Befragten nach wie vor unterschätzt, von etwa 12 Prozent aber überschätzt. 72 Prozent der Befragten glauben, dass sie im Notfall ohne Probleme einen Platz in einem Schutzraum bekommen würden. 75 Prozent wissen, zu welchem Schutzraum sie sich im Notfall begeben müssten.

Die **Fähigkeit** des Zivilschutzes, seinen Auftrag im Kriegs- oder Katastrophenfall zu erfüllen, wird grossmehrheitlich als gut bis genügend beurteilt. Auch das Vertrauen in die Fähigkeiten der Behörden bei der Bewältigung von Notfällen ist intakt. 46 Prozent beurteilen diese Fähigkeiten als sehr gut oder gut, 30 Prozent als genügend.

Die **Auslandabhängigkeit** der Schweiz in bezug auf Energie und Rohstoffe wird nach wie vor um etwa einen Viertel unterschätzt. Bei der Frage nach der Zeitdauer zur Erreichung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln antworteten die Schweizerinnen und Schweizer erneut recht optimistisch. Fast die Hälfte glauben, die Schweiz bewältige diese Aufgabe in einem Jahr oder in zwei Jahren.

Die Zahl jener, die sich eine **nicht neutrale Schweiz** durchwegs vorstellen könnten, ist gegenüber einer 11 Monate früher durchgeführten UNIVOX-Befragung mit 24 Prozent praktisch konstant geblieben. Die Zahl jener, die sich eine nicht neutrale Schweiz "unter bestimmten Voraussetzungen" vorstellen könnten, ist von 24 auf 31 Prozent gestiegen und hat damit wieder etwa den Stand von 1991 erreicht.

Haltung zur Neutralität

1 EINLEITUNG

Im Rahmen der UNIVOX-Befragungen zum Thema Verteidigung standen 1993 zum vierten Mal die nichtmilitärischen Bereiche der Gesamtverteidigung auf dem Programm. Im November und Dezember 1993 sind in der Schweiz (mit Ausnahme des Tessins) mit 706 Stimm- und Wahlberechtigten persönliche, standardisierte Interviews durchgeführt worden. Den befragten Personen sind dabei grösstenteils dieselben Fragen wie 1987, 1989 und 1991 gestellt worden. Eine Frage wurde 1993 neu in den Befragungskatalog aufgenommen, nämlich: "Glauben Sie, dass Sie im Notfall ohne Probleme einen Platz in einem Schutzraum bekommen werden?" Die Frage nach der Einschätzung der Bedrohung durch staatsfeindliche Aktivitäten wurde nicht mehr gestellt.

Wie in früheren Jahren soll im Rahmen dieses Kommentars ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Befragung vermittelt werden. Wie üblich werden über die Analyse der Daten aller Stimmberechtigten hinaus auch Subgruppenanalysen vorgenommen (nach Alter, Geschlecht, Sprachregion, Bildung usw.). Zudem werden interessante Beziehungen zwischen den Antworten zu verschiedenen Fragen eruiert.

2 ZIVILSCHUTZ

2.1 Notwendigkeit des Zivilschutzes

Der Anteil jener Stimmberechtigten, welche den Zivilschutz als "notwendig" bzw. "eher notwendig" betrachten, ist gegenüber 1991 leicht zurückgegangen, nämlich von 82 auf 75 Prozent (siehe Tabelle 1). Auffallend ist, dass der Rückgang ausschliesslich bei der Antwortvorgabe "notwendig" erfolgte, was auf eine gewisse Verunsicherung schliessen lässt. Gleichwohl lässt sich sagen, dass die Institution des Zivilschutzes nach wie vor von einer grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet wird, und dass die Befürwortung der Notwendigkeit des Zivilschutzes ziemlich resistent gegenüber Ereignissen ausserhalb unserer Landesgrenzen ist. Der Anteil der Befragten, welche zu diesem Thema keine Angaben machten, war auch 1993 mit 3 Prozent sehr klein.

Bei der Armee schrumpfte von 1986 bis 1990 die Zahl jener, welche ihre Notwendigkeit befürworteten, ständig, nämlich von 79 auf 66 Prozent. Dieser Abwärtstrend wurde 1993 gestoppt.

Tabelle 1: Notwendigkeit des Zivilschutzes/der Armee

Frage: "Sind Sie der Meinung, dass es für die Schweiz notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder gar nicht notwendig ist, einen Zivilschutz (eine Armee) zu unterhalten?"

	Zivilschutz				Armee			
	1987 %	1989 %	1991 %	1993 %	1986 %	1988 %	1990 %	1993 %
notwendig	58	55	55	45	62	54	44	46
eher notwendig	22	26	27	30	17	18	22	20
eher nicht notwendig	9	9	10	13	9	13	15	15
gar nicht notwendig	8	8	6	9	10	13	16	17
weiss nicht/ keine Antwort	3	2	2	3	2	2	3	2
Zahl der Befragten	(675)	(689)	(674)	(706)	(666)	(676)	(686)	(678)

Quelle: Univox IV B

Analysiert man die Befürwortung der Notwendigkeit des Zivilschutzes (Antwortkategorien "notwendig" und "eher notwendig") nach Merkmalsgruppen (siehe Tabelle 2), so fällt eine gegenüber 1991 tiefere Befürwortungsrate bei den Männern (- 11 %), bei den 40 bis 64jährigen (- 12 %) und bei den Westschweizern (- 15 %) auf.[1] Seit 1987 sind indessen die Ergebnisse bei den übrigen Subgruppen erstaunlich stabil. Im Grossen und Ganzen lässt sich eine bemerkenswert starke Befürwortung der Notwendigkeit des Zivilschutzes bei allen Bevölkerungsgruppen feststellen.

[1] Zu beachten ist: Je kleiner die Subgruppe, desto stärker schwanken die Ergebnisse zufallsbedingt.

Tabelle 2: Bejahung der Notwendigkeit des Zivilschutzes 1987 bis 1993 nach Merkmalsgruppen

Frage: "Sind Sie der Meinung, dass es für die Schweiz notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder gar nicht notwendig ist, einen Zivilschutz zu unterhalten?"

Antworten "notwendig" und "eher notwendig"

	1987 %	1989 %	1991 %	1993 %
Geschlecht				
Mann	80	80	82	71
Frau	80	82	83	78
Alter				
20 - 39	77	78	81	77
40 - 64	80	80	84	72
65 - 84	88	91	88	80
Bildungsniveau				
tief	.	.	.	77
mittel	.	.	.	78
hoch	.	.	.	69
Sprachgebiet				
Deutschschweiz	79	81	82	77
Westschweiz	84	83	84	69
Parteisympathie				
FDP			86	77
CVP	86	91	96	87
SPS	82	90	74	65
keine	70	76	82	74
	82	79		
Alle Befragten	80	81	82	75
n	(540)	(558)	(557)	(530)

Quelle: Univox IV B

2.2 Wissen über das Verhalten im Notfall

Wie steht es mit dem Wissen über das richtige Verhalten im Falle eines Sirenenalarms? "Richtiges Verhalten" bedeutet gemäss den Empfehlungen der Behörden entweder "das Radio einschalten" oder "das Telefonbuch aufschlagen".

Bereits das vierte Mal nach 1987, 1989 und 1991 wurde der Bekanntheitsgrad des Telefonbuch-Merkblattes ermittelt.

Tabelle 3: Wissen über das Verhalten bei Sirenenalarm

Frage: "Für die Alarmierung der Bevölkerung in Friedenszeiten sind drei verschiedene Sirenenzeichen vorgesehen, nämlich für den "allgemeinen Alarm", den "Strahlenalarm" und den "Wasseralarm". Wo würden Sie sich im Falle eines Alarms darüber informieren, was das betreffende Sirenenzeichen bedeutet und wie Sie sich verhalten sollen? Wo sonst noch?"

Antwortvorgaben →	Radio		Telefonbuch		Andere Quellen	keine Antwort
	1. Nennung %	alle Nennungen* %	1. Nennung %	Alle Nennungen* %	1. Nennung %	%
Alter						
29 - 39	49	66	19	32	27	5
40 - 64	48	68	27	36	20	5
65 - 84	32	63	17	23	36	15
Bildungsniveau						
tief	35	47	11	15	38	16
mittel	47	64	21	32	27	5
hoch	49	71	28	41	20	3
Sprachgebiet						
Deutschschweiz	52	72	26	38	18	4
Westschweiz	25	38	8	12	52	15
Alle Befragten	45	63	22	32	25	7
n	(321)	(446)	(153)	(224)	(185)	(47)

* Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Univox IV B

Geht man davon aus, dass im Fall eines Sirenenalarms mehrere Informationsquellen zu Rate gezogen würden, so darf festgestellt werden, dass sich fast die ganze erwachsene Schweizer Bevölkerung[2] im Ernstfall "richtig" verhalten würde: 67 Prozent (1. Nennung) bzw. 95 % (alle Nennungen) würden sich über Radio bzw. im Telefonbuch informieren. Dieser Wissensstand ist gegenüber der Umfrage von 1991 konstant geblieben.

Wie bei der letzten Umfrage bestehen aber erhebliche Unterschiede bei den einzelnen Merkmalsgruppen. Die Altersgruppe der 65 bis 84jährigen, die Romands, die Landbewohner und die unteren Bildungsschichten weisen einen unterdurchschnittlichen Wissensstand auf. In diesen Gruppen ist auch die Zahl derjenigen, die keine Angaben machen konnten, mit 12 bis 16 Prozent am grössten. 52 Prozent aller

[2] Um zu eruieren, ob sich die ganze Wohnbevölkerung "richtig" verhalten würde, müsste man auch die rund 1,2 Millionen Ausländer in der Schweiz in eine Umfrage einbeziehen. Dies ist hier nicht geschehen.

Romands würden im Fall eines Sirenenalarms andere Informationsquellen als Radio und Telefonbuch benützen; 18 Prozent würden sich zuerst an die Polizei wenden, 8 Prozent telefonieren.

Auffallend ist, dass das Merkblatt im Telefonbuch in den letzten Jahren an Bekanntheit eingebüsst bzw. das Radio an Bekanntheit gewonnen hat. Waren es 1989 noch 38 und 1991 31 Prozent, welche zuerst das Telefonbuch konsultieren würden, so belief sich der Anteil 1993 auf 22 Prozent.

2.3 Wissen über die Schutzraumkapazitäten

Die Schutzraumkapazitäten werden wie schon bei früheren Befragungen von der Mehrheit der Befragten unterschätzt. Die Frage, wieviel Prozent der Bevölkerung nötigenfalls in den heute bestehenden Zivilschutzräumen untergebracht werden könnten, wird nur von einem kleinen Teil der Befragten richtig beantwortet. Die tatsächliche Kapazität liegt bei etwa 90Prozent, doch nur 20 Prozent aller befragten Personen gaben eine Zahl zwischen 81 Prozent und 100 Prozent zur Antwort. Dies sind immerhin 10 Prozent mehr als vor vier Jahren. 40 Prozent aller Befragten unterschätzen die vorhandene Kapazität um mehr als 20 Prozent. Immerhin 12 Prozent sind der Meinung, es könne die gesamte Bevölkerung in den Schutzräumen untergebracht werden. Der Anteil derjenigen, die keine Angaben machen (konnten), liegt mit 21 Prozent recht hoch.

Um bei der Frage nach den Schutzräumen den Grad der Betroffenheit zu erhöhen, wurde 1993 erstmals folgende Frage gestellt: "Glauben Sie, dass Sie im Notfall ohne Probleme einen Platz in einem Schutzraum bekommen werden?" 72 Prozent der Befragten bejahten diese Frage, 16 Prozent verneinten sie, 12 Prozent machten keine Angaben.[3] Der Anteil der Bejahenden liegt bei den älteren Menschen (63 Prozent), den Romands (56 Prozent) und der unteren Bildungschicht (58 Prozent) markant unter dem Durchschnitt von 72 Prozent. In diesen Subgruppen ist auch die Zahl jener, die keine Angaben machten, am höchsten (18 bis 23 Prozent).

---

[3] Praktisch identische Ergebnisse resultierten auf die Frage "Wissen Sie, zu welchem Schutzraum Sie sich im Notfall begeben müssen?" 75 Prozent antworteten mit ja, 19 Prozent mit nein, 6 Prozent machten keine Angaben. Diese Ergebnisse decken sich mit einer vom Bundesamt für Zivilschutz in Auftrag gegebenen Umfrage, die im April/Mai 1993 durchgeführt wurde. Die Frage lautete: "Wissen Sie, wo sich Ihr Schutzraum befindet?" 73 Prozent bejahten, 26 Prozent verneinten, 1 Prozent machten keine Angabe (vgl. Zivilschutz 7-8/93, S. 40). Das Vertrauen, im Notfall in einem vorhandenen Schutzraum auch einen Platz zu erhalten, scheint vorhanden zu sein. 90 Prozent jener, die den zugewiesenen Schutzraum kennen, glauben auch, dass sie im Notfall ohne Probleme einen Platz erhalten würden.

86 Prozent jener, die den Zivilschutz als "notwendig" bzw. "eher notwendig" erachten, glauben auch, dass sie im Notfall ohne Probleme einen Schutzplatz bekommen werden. 31 Prozent jener, die den Zivilschutz für "eher nicht notwendig" oder "gar nicht notwendig" halten, glauben nicht, dass sie im Notfall ohne Probleme einen Schutzplatz erhalten werden.

2.4 Beurteilung des Zivilschutzes

Die Fähigkeit des Zivilschutzes, seinen Auftrag im Kriegs- oder Katastrophenfall zu erfüllen, wird grossmehrheitlich als gut bis genügend beurteilt. Nur 13 bis 16 Prozent der Befragten beurteilen die Fähigkeiten in bezug auf die rasche Durchsetzung der Schutzmassnahmen, den Ausbildungsstand der Zivilschutzeinheiten und das Können des Zivilschutzkaders als ungenügend bis schlecht.

Die Fähigkeiten hinsichtlich der **raschen Durchsetzung der Schutzmassnahmen** werden von 44 Prozent (1991: 40 Prozent) als gut bis sehr gut, von 31 Prozent (1991: 27 Prozent) als genügend und von 16 Prozent (1991: 23 Prozent) als ungenügend oder schlecht beurteilt. Insgesamt zeigt sich also eine leicht bessere Beurteilung gegenüber 1991. Die Zahl jener, welche kein Urteil abgaben, lag bei den Romands mit 18 Prozent recht hoch (Durchschnitt 8 Prozent).

Die Frage nach der Beurteilung des **Ausbildungsstandes der Zivilschutzeinheiten** und des **Könnens des Zivilschutzkaders** ergibt gegenüber der Frage nach der raschen Durchsetzung der Schutzmassnahmen keine markant unterschiedlichen Resultate. Auch hier ist eine leicht bessere Beurteilung im Vergleich zur Befragung von 1991 festzustellen. Beim Können des Zivilschutzkaders fällt die skeptischere Beurteilung der höher Gebildeten auf: 21 Prozent (Durchschnitt 13 Prozent) beurteilen das Können des Kaders als ungenügend oder schlecht.

2.5 Vertrauen in die Behörden im Notfall

Nebst den Fragen über die Fähigkeiten des Zivilschutzes wurde auch das Vertrauen der Bürger in das Verhalten der Behörden im Notfall eruiert.

Tabelle 4: Vertrauen in die Behörden im Notfall

Frage: "Wie beurteilen Sie die Fähigkeit der Behörden in Bund, Kantonen und Gemeinden, extrem schwierige Situationen (Krieg, technikbedingte Katastrophen, Naturkatastrophen) zu bewältigen? Sind diese Fähigkeiten sehr gut, gut, genügend, ungenügend oder schlecht?"

Jahr →	*1991*	*1991*	1993	1993	1993
	gut/ eher gut %	eher unge-nügend/ ungenü-gend %	sehr gut-/gut %	genügend %	ungenügend/ schlecht %
Alter					
29 - 39	59	33	41	35	17
40 - 64	61	34	47	28	19
65 - 84	70	26	48	25	18
Parteisympathie					
FDP	53	41	52	31	8
CVP	82	18	58	25	15
SPS	51	46	38	33	26
keine	66	25	45	32	14
Sprachgebiet					
Deutschschweiz	60	36	43	34	18
Westschweiz	66	23	47	21	18
Alle Befragten	61	33	46	30	18
n	(412)	(219)	(314)	(215)	(127)

Quelle: Univox IV B

Die Ergebnisse von 1993 sind nicht direkt mit jenen von 1991 vergleichbar, weil die Antwortkategorien 1993 formal ausbalanciert worden sind. Die Zahl jener, welche keine Angaben machten, betrug 1991 6 Prozent und 1993 7 Prozent.

3 WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG

Auch 1993 wurde nach der Einschätzung der Auslandabhängigkeit der Schweiz in bezug auf Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe gefragt. Diese Abhängigkeit wird nach wie vor unterschätzt. Die im Zusammenhang mit der Abstimmung über den EWR vom 6. Dezember 1993 geführte Diskussion über die schweizerischen Aussenbeziehungen hat nicht zu einer realistischeren Einschätzung der Auslandabhängigkeit geführt.

Tabelle 5: Auslandabhängigkeit der Schweiz

Abhängigkeit ↓	geschätzt 1991 (Durch-schnitt)	geschätzt 1993 (Durchschnitt)	tatsächlich
Nahrungsmittel	44 %	49 %	50 %
Energie (Oel, Elektrizität, Erdgas)	56 %	59 %	85 %
Rohstoffe	72 %	77 %	100 %

Quelle: Univox IV B

Die Auslandabhängigkeit bei den Nahrungsmitteln wurde 1993 im Durchschnitt richtig eingeschätzt. Sowohl bei der Energie wie auch bei den Rohstoffen wird die Auslandabhängigkeit im Durchschnitt um mehr etwa einen Viertel unterschätzt. Auffallend ist, dass die durchschnittlichen Schätzwerte nicht nur im Vergleich zu 1991, sondern auch im Vergleich zu 1987 und 1989 recht konstant geblieben sind.

Die Subgruppenanalyse der Schätzwerte ergibt nur geringfügige Unterschiede. Wie schon bei der Frage nach der Informationsquelle beim Sirenenalarm sticht bei den älteren Befragten, den Romands und den unteren Bildungsschichten die überdurchschnittliche Zahl derjenigen ins Auge, die keine Angaben machten.

Eine weitere Frage im Bereich der wirtschaftlichen Landesversorgung sollte eruieren, wie die Befragten die Zeitdauer einschätzen, welche die Schweiz im Kriegs- oder Krisenfall benötigen würde, um bei Nahrungsmitteln einen Selbstversorgungsgrad von nahezu 100 Prozent zu erreichen, bzw. ob sie dieses Ziel überhaupt für realisierbar halten. Nach Angaben der Bundesbehörden sollte die Schweiz fähig sein, innerhalb von drei bis vier Jahren eine nahezu autarke Nahrungsmittelversorgung zu erreichen.

Der Anteil der befragten Personen, welcher dieser Ansicht ist, beträgt 15 Prozent. Er ist seit 1989 ziemlich konstant geblieben. Wie schon bei früheren Umfragen sind fast die Hälfte der Befragten optimistischer und glauben, die Schweiz schaffe diese Aufgabe in einem Jahr oder in zwei Jahren. Dass es überhaupt unmöglich sei, dieses Ziel zu erreichen, glauben 24 Prozent der Befragten (1989 waren es 29 und 1991 26 Prozent).

4 GESAMTVERTEIDIGUNG

In einer Zeit der angespannten Situation öffentlicher und privater Haushalte interessiert die Meinung der Schweizer Bevölkerung zum Umfang der Staatsausgaben im Bereich der Gesamtverteidigung besonders. Die befragten Personen sollten die Ausgabenpolitik des Staates für die Gesamtverteidigung als Ganzes und für einzelne Bereiche wie Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, Massnahmen gegen Spionage und Aussenpolitik danach beurteilen, ob zu wenig, im rechten Mass oder zuviel ausgegeben wird.

Ging die Zahl derjenigen, welche meinten, die Ausgaben für die **Gesamtverteidigung** seien "im rechten Mass", seit 1987 ständig zurück (von 48 auf 30 Prozent 1991), so hat sie 1993 markant auf 46 Prozent zugenommen und liegt damit wieder auf dem Niveau von 1987. Noch 36 Prozent gaben an, es würde "zuviel" oder "eher zuviel" ausgegeben (1991 60 Prozent), während 7 Prozent der Ansicht waren, es würde "zuwenig" oder "eher zuwenig" ausgegeben. Offenbar hängt die Einschätzung der Ausgaben für die Gesamtverteidigung weniger von der finanziellen Situation der öffentlichen und privaten Haushalte als von der Einschätzung der Bedrohungslage ab.[4] Der Anteil der Befragten, welche im Januar 1993 für die kommenden fünf Jahre eine düsterere und gespanntere weltpolitische Lage erwarten, stieg gegenüber 1990 von 44 auf 54 Prozent.[5] Eine Rolle gespielt haben mag auch die Diskussion um die beiden militärpolitischen Vorlagen, die am 6. Juni 1993 zur Abstimmung gelangt und entgegen ersten Erwartungen deutlich im Sinn der Parlamentsmehrheit und des Bundesrates entschieden worden sind.

Die Trendwende zeigt sich auch bei der **Armee**: der Anteil derjenigen, welche der Meinung sind, es würde für die Armee "zuviel" oder "eher zuviel" ausgegeben, sank gegenüber 1991 von 72 auf 61 Prozent (vgl. Abb. 1). Fast ein Drittel ist nunmehr der Ansicht, die Ausgaben für die Armee seien "im rechten Mass", während es 1991 ein Fünftel war. Gegenüber dem Ergebnis von 1987, als 43 Prozent der Befragten anführten, die Ausgaben für die Armee seien "im rechten Mass", beträgt die Differenz 11 Prozent.

---

[4] Diese Hypothese bestätigt sich, wenn man die Antworten in Beziehung setzt zu den in der gleichen Umfrage zum Thema "Geld" (III E) gestellten Fragen über die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen sowie der eigenen wirtschaftlichen Lage im Vergleich zum Vorjahr. Der Zusammenhang zwischen der Veränderung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Beurteilung der Ausgaben für die Gesamtverteidigung ist nicht signifikant. Signifikant, aber schwach (Gamma -0.096), ist der Zusammenhang zwischen der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Beurteilung der Ausgaben für die Gesamtverteidigung. 43 Prozent derjenigen, die meinen, den meisten Menschen in der Schweiz gehe es heute schlechter als vor einem Jahr, sind der Ansicht, die Ausgaben für die Gesamtverteidigung seien "im rechten Mass".

[5] Vgl. Alois Riklin / Markus Eugster, Bedrohung und Verteidigung im Urteil der Schweizer, UNIVOX 12-1992, S. 3.

Ein Blick auf die einzelnen Merkmalsgruppen bei der Beurteilung der finanziellen Aufwendungen für die Armee bestätigt das bekannte Bild: die jüngere Generation steht dem Umfang der Ausgaben skeptischer gegenüber als die ältere, SP-Sympathisanten sind kritischer als jene von CVP und FDP. 75 Prozent der 18 bis 39jährigen und 71 Prozent der SP-Sympathisanten halten die Ausgaben für die Armee für zu hoch. Die Unterschiede zwischen den Deutschschweizern und den Romands sind hingegen nicht mehr signifikant.

Abb. 1: Beurteilung der Ausgaben für den Zivilschutz/die Armee

Beim **Zivilschutz** zeichnen sich die Ergebnisse zu dieser Frage durch grössere Konstanz aus (vgl. Abb. 1). Die Zahl jener, welche finden, es würde zuviel oder eher zuviel für den Zivilschutz ausgegeben, ist mit 31 Prozent seit 1989 recht konstant geblieben. Fast die Hälfte der Befragten finden, die Ausgaben für den Zivilschutz lägen "im rechten Mass". Addiert man die Ergebnisse zu den Antwortvorgaben "zu wenig", "eher zuwenig" und "im rechten Mass", so zeigt sich im Trend ein kontinuierlicher Rückgang, von 73 Prozent im Jahre 1987 auf 58 Prozent im Jahre 1993. Die Zahl derjenigen, die bei den Ausgaben für den Zivilschutz kein Urteil abgeben konnten oder wollten, liegt mit etwa 10 Prozent mehr als doppelt so hoch als bei der entsprechenden Frage zur Armee.

Bei der Beurteilung der Ausgaben für die wirtschaftliche Landesversorgung, für Massnahmen gegen Spionage und für die Aussenpolitik zeigen sich gegenüber 1991

keine markanten Verschiebungen. Für die Hälfte der Befragten sind die Ausgaben für die wirtschaftliche Landesversorgung "im rechten Mass". Die Zahl derjenigen, welche finden, es würde für die Aussenpolitik zuviel oder eher zuviel ausgegeben, ist von 27 auf 18 Prozent gesunken (Abb. 2).

Abb. 2: Beurteilung der finanziellen Aufwendungen

5 **NEUTRALITÄT**

Die Zahl jener, die sich eine nicht neutrale Schweiz durchwegs vorstellen könnten, ist gegenüber einer 11 Monate früher durchgeführten UNIVOX-Befragung mit 24 Prozent praktisch konstant geblieben. Die Zahl derjenigen, die sich eine nicht neutrale Schweiz "unter bestimmten" Voraussetzungen" vorstellen könnten, ist von 24 auf 31 Prozent gestiegen und hat damit wieder etwa den Stand von 1991 erreicht. 42 Prozent (im Januar 1993 52 Prozent) könnten sich eine nicht neutrale Schweiz "in keinem Fall" vorstellen. Der "Einbruch" bei den Antworten bei der Befragung im Januar 1993 dürfte wohl auf die Diskussion um den EWR-Beitritt im Vorfeld der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 zurückzuführen sein.

Eine längerfristige Betrachtung der Antworten auf diese Frage zeigt, dass das 1993er Meinungsbild zu dieser Frage praktisch deckungsgleich mit jenem von 1991 ist. Die sich nunmehr als stabil erweisende Verschiebung im Meinungsbild fand zwischen 1988 und 1991 statt.

Wegen der Formulierung der Frage im Konjunktiv sollte man sich allerdings vor einer extensiven Interpretation der Ergebnisse hüten. Bei der Aussage "Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten" ergab sich noch 1990/91 eine Zustimmungsrate von 79 Prozent.[6] Der Trend der letzten zehn Jahre jedoch zeigt das gleiche Bild: der Wert der Neutralität wird tiefer eingeschätzt.

Interessant ist, dass bei den 18 bis 39jährigen der Anteil derjenigen, die sich eine nicht neutrale Schweiz in keinem Fall vorstellen können, mit 38 Prozent genau gleich hoch ist wie bei den 40 bis 64jährigen. Auch bei den Romands liegt er mit 36 Prozent nur unwesentlich unter jenem der Deutschweiz (44 Prozent). Frappant ist die Verankerung des Wertes der Neutralität auf dem Land und bei der älteren Generation: 55 Prozent der Landbewohner und 60 Prozent der über 64jährigen könnten sich eine nicht neutrale Schweiz in keinem Fall vorstellen.

Abb. 3: Haltung zur Neutralität

[6] Vgl. Buri/Haltiner/Spillmann, Sicherheit 1991. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18, Zürich 1991, S. 46.